

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Einladung

Sitzung des Finanzausschusses (Bedarftermin zur Hauptausschussvorbereitung)

Sitzungstermin: Donnerstag, 07.12.2017, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Beratungsraum 2.11, Haus I, St.-Georg-Str. 109, 18055 Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 16.11.2017 und vom 23.11.2017
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Teilhaushalt 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft im Ergebnis- und Finanzhaushalt zur Finanzierung von Beratungsleistungen für den Ausbau eines leistungsfähigen Breitbandnetzes in der Hansestadt Rostock im Jahr 2017 **2017/BV/3267**
- 5 Verschiedenes
- 6 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

- 7 Verschiedenes

<p>Beschlussvorlage</p> <p>Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss</p> <p>Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft</p> <p>Beteiligte Ämter: Zentrale Steuerung Finanzverwaltungsamt</p>	<p>Datum: 16.11.2017</p> <p>fed. Senator/-in: OB, Roland Methling</p> <p>bet. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski</p> <p>bet. Senator/-in:</p>									
<p>Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Teilhaushalt 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft im Ergebnis- und Finanzhaushalt zur Finanzierung von Beratungsleistungen für den Ausbau eines leistungsfähigen Breitbandnetzes in der Hansestadt Rostock im Jahr 2017</p>										
<p>Beratungsfolge:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>07.12.2017</td> <td>Finanzausschuss</td> <td>Vorberatung</td> </tr> <tr> <td>12.12.2017</td> <td>Hauptausschuss</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	07.12.2017	Finanzausschuss	Vorberatung	12.12.2017	Hauptausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit								
07.12.2017	Finanzausschuss	Vorberatung								
12.12.2017	Hauptausschuss	Entscheidung								

Beschlussvorschlag:

Die Zustimmung für außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 50.000,00 EUR im Teilhaushalt 61 für die Produktsachkonten 57101.56251070/76251070 wird erteilt.

Die Deckung in Höhe von 50.000,00 EUR erfolgt durch Minderaufwendungen/Minder-
auszahlungen bei den Produktsachkonten:

- 51102.56251010/76251010 Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige
in Höhe von 35.400,00 EUR,
- 51103.56290010/76290010 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten
und Diensten - Dienstleistungen durch Dritte
in Höhe von 7.600,00 EUR sowie
- 57101.52490070/72490070 Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial
in Höhe von 7.000,00 EUR.

Beschlussvorschriften:

§ 50 Kommunalverfassung M-V;
§ 6 (4) Pkt. 2 Hauptsatzung der Hansestadt Rostock

bereits gefasste Beschlüsse: --

Sachverhalt:

Unabweisbarkeit:

Die Bundesregierung fördert deutschlandweit den Ausbau leistungsfähiger Breitbandnetze. Um förderfähige Projekte möglichst schnell und effizient entwickeln zu können, fördert der Bund Beratungsleistungen, die die Planung und Durchführung solcher Vorhaben und die Beantragung von Fördermitteln erleichtern.

Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Beratungsleistungen wurde am 14.07.2017 von der Hansestadt Rostock gestellt und mit Zuwendungsbescheid vom 10.10.2017 positiv vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Projektträger atene KOM GmbH) beschieden. Bewilligt wurde für die Hansestadt Rostock eine einmalige Zuwendung in Höhe von 50.000,00 EUR. Die Zuwendung ist zweckgebunden. Der Zuwendungsbescheid gilt für den Zeitraum vom 13.10.2017 – 12.10.2018.

Um die o.g. Zuwendung vom Bund in Anspruch nehmen zu können, ist die Zustimmung zur Leistung der außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 50.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2017 dringend notwendig.

Der Auftrag wird in 2017 ausgelöst. Die Finanzierung der Beratungsleistungen wird Ende März 2018 von der HRO im Voraus geleistet. Der Mittelabruf beim Bund erfolgt dann zeitnah in 2018.

Unvorhersehbarkeit:

Die Möglichkeit der Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Beratungsleistungen für den Ausbau des Breitbandnetzes war zum Zeitpunkt der Planung für den Haushalt 2017/2018 noch nicht bekannt.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehraufwendungen/-auszahlungen auf den Produktsachkonten 57101.56251070/ 76251070 in Höhe von 50.000,00 EUR werden durch Minderaufwendungen/-auszahlungen auf den Produktsachkonten 51102.56251010/76251010, 51103.56290010/76290010 sowie 57101.52490070/72490070 in gleicher Höhe im TH 61 gedeckt.

Teilhaushalt: 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Produkt: 57101

Bezeichnung: Wirtschafts- und Strukturförderung

ggf. Investitionsmaßnahme Nr.:

Bezeichnung:

- in EUR -

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2018	56251070/Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige – Förderung Breitbandausbau		50.000,00		
2018	76251070/Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige – Förderung Breitbandausbau				50.000,00

1. Berechnung der Gesamtaufwendungen/-auszahlungen
57101.56251070/76251070 Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige –
Förderung Breitbandausbau

	EH in EUR	FH in EUR
Haushaltsansatz und/oder Haushaltsrest für o. a. Haushaltsjahr	0	0
bisherige genehmigte Ansatzüberschreitungen	+	0
<input type="checkbox"/> unechte Deckungsfähigkeit		
<input type="checkbox"/> echte Deckungsfähigkeit		
neu beantragte Haushaltsüberschreitung insgesamt	+	50.000,00
davon:		
– Haushaltsüberschreitung netto	–	
– Haushaltsüberschreitung abzugsfähige Vorsteuer	–	
Summe der voraussichtlichen Gesamtaufwendungen/-auszahlungen	= 50.000,00	50.000,00

2. Nachweis der Deckung durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen
51102.56251010/76251010 Vergütungen einschließlich Reisekosten an
Sachverständige

	EH in EUR	FH in EUR
Haushaltsansatz	100.000,00	100.000,00
Gesamt	= 100.000,00	100.000,00
bisher zum Soll gestellte Aufwendungen/Auszahlungen	./.	59.001,21
zur Verfügung stehende Minderaufwendungen/-auszahlungen	= 40.998,79	40.998,79
als Deckungsquelle eingesetzt	35.400,00	35.400,00

Begründung Minderaufwendungen/Minderauszahlungen:

Der Vertrag für die Machbarkeitsstudie „Maritimes Erlebniszentrum“ wurde am 20.01.2017 mit dem fwi hamburg geschlossen. Die geplante Finanzierung der Studie in Höhe von 34.629,00 EUR aus dem Konto 51102.56251010/76251010 entfiel, da sie Bestandteil des Projektes „JOHANN“ aus dem Interreg South Baltic Programm, gefördert aus Mitteln der EU, wurde.

**3. Nachweis der Deckung durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen
51103.56290010/76290010 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von
Rechten und Diensten – Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte**

	EH in EUR	FH in EUR
Haushaltsansatz	10.000,00	10.000,00
Gesamt =	10.000,00	10.000,00
bisher zum Soll gestellte Aufwendungen/Auszahlungen ./.	2.326,62	2.326,62
zur Verfügung stehende Minderaufwendungen/- auszahlungen =	7.673,38	7.673,38
als Deckungsquelle eingesetzt	7.600,00	7.600,00

Begründung Minderaufwendungen/Minderauszahlungen:

Es werden in 2017 keine Mittel für Modellbauten benötigt.

**4. Nachweis der Deckung durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen
57101.52490070/72490070 Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informations-
material**

	EH in EUR	FH in EUR
Haushaltsansatz	7.000,00	7.000,00
Gesamt =	7.000,00	7.000,00
bisher zum Soll gestellte Aufwendungen/Auszahlungen ./.	0	0
zur Verfügung stehende Minderaufwendungen/- auszahlungen =	7.000,00	7.000,00
als Deckungsquelle eingesetzt	7.000,00	7.000,00

Begründung Minderaufwendungen/Minderauszahlungen:

Aus Kostengründen erfolgte der Druck der Wissenschaftskonzeption über die Beschaffungsstelle.

Der geplante Druck der Gewerbeflächenkonzeption kann erst in 2018 erfolgen, da diese erst als Entwurf vorliegt.

Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

liegen nicht vor.

werden nachfolgend angegeben

Bezug zum zuletzt beschlossenen Haushaltssicherungskonzept:

Kein Bezug zum Haushaltssicherungskonzept.

Roland Methling